



Bärbl Mielich

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Gesundheitspolitische Sprecherin

Bärbl Mielich MdL, Haslacher Str. 61, 79115 Freiburg

Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 STUTTGART
Telefon (0711) 2063-654
Telefax (0711) 2063-660
baerbl.mielich@gruene.landtag-bw.de

Abgeordnetenbüro
Haslacherstr.61
79115 Freiburg
Telefon (0761) 480 86 27
Telefax (0761) 7 54 05
mielich@gruene-bw.de

Wahlkreisbüro Müllheim
Britzinger Weg 24
79379 Müllheim
Tel.: 07631-704289
Fax: 07631-173657
Dora.pfeifer-suger@web.de

Freiburg, den 3. Dezember 2008

Pressemitteilung

Mielich: „Keine weitere Betriebsgenehmigung für das AKW Fessenheim“!

Katastrophenschutz bei schweren Unfällen machtlos

Katastrophenschutzübungen sind notwendig und sinnvoll, erklärt die Grüne Landtagsabgeordnete Bärbl Mielich. Vor allem eine schnelle Information und eine gute Zusammenarbeit zwischen den Behörden und Hilfsorganisationen auf beiden Seiten des Rheins seien im Katastrophenfall sehr wichtig. „Katastrophenschutzpläne und -übungen können und dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es bei einem schweren Unfall im AKW Fessenheim mit Austritt von großen Mengen radioaktiver Substanzen keinen wirksamen Schutz für die Bevölkerung gibt“, erklärt die Landtagsabgeordnete Bärbl Mielich. „In kürzester Zeit müssten dann Hunderttausende in weit entfernte Gebiete evakuiert werden. Verstopfte Straßen und Chaos wären dann die Realität. Ich hoffe inständig, dass diese Situation nie eintritt“.

„Doch hoffen allein wird eine Katastrophe nicht verhindern. Deshalb darf der Ausstieg aus der Atomindustrie nicht länger hinausgezögert werden und das Atomkraftwerk Fessenheim darf nach Auslaufen der jetzigen Betriebesgenehmigung keine neue erhalten“, fordert Bärbl Mielich.

Große Hoffnungen setze sie auf den Trinationalen Atomschutzverband (TRAS). „TRAS wirkt bereits an mehreren Stellen!“ stellt die Grüne Landtagsabgeordnete Bärbl Mielich fest. „Während TRAS aktiv Klagen vorbereitet und einreicht, die hoffentlich zu Schließung des maroden Atomkraftwerks führen werden, sehen sich Betreiber und atomkraftfreundliche Politiker genötigt, durch neue Ausschüsse und Änderungen bei der Überwachungskommission Akzeptanzförderung zu betreiben“. Die Mitglieder der CLI seien zu einem großen Teil Atomkraftbefürworter, die kritischen Mitglieder in der Minderheit.

Damit spielt die Abgeordnete auf die ab 2009 geänderten rechtlichen Bedingungen für die lokale Überwachungskommission (CLS) an, die nach dem Willen der französischen Regierung zur Informationskommission (CLI) werden soll, und den hauptsächlich von der CDU auf deutscher Seite angestrebten Begleitausschuss. Mit Landrätin Dorothea Störr-Ritter und Regierungspräsident Julian Würtenberger sollen dann auch erstmals zwei deutsche Vertreter der Commission locale d`information (CLI) angehören. Die Bürgermeister der umliegenden deutschen Gemeinden können, wie bisher auch, einen Gaststatus erhalten.

„Ich begrüße sehr, dass deutsche Vertreter in das offizielle französische Gremium berufen werden. Das marode Atomkraftwerk wird dadurch aber nicht sicherer und bedroht solange es in Betrieb ist die ganze Region“, stellt Bärbl Mielich fest. Auch der neue „Begleitausschuss“, der auf Betreiben der CDU gegründet werden soll, werde das Risiko nicht mindern, sondern lediglich zur Kenntnis nehmen können. „Die hoch gelobte deutsche Beteiligung an der CLI und vor allem der Begleitausschuss sind in erster Linie Beruhigungspillen für die Bevölkerung, nicht mehr. Wirkliche Sicherheit vor einem atomaren GAU kann es nur mit der Abschaltung der beiden Reaktoren geben“.